



Michael Göring, Vorsitzender der „Zeit“-Stiftung, warnt vor weiteren Fehlentwicklungen am Wohnungsmarkt

stand wird letztlich den Bestand unseres Landes als liberale rechtsstaatliche und wirtschaftlich solide Demokratie tragen. Also fangen wir an, und es gibt Beispiele, an denen wir uns orientieren können. Warum setzen wir nicht wieder auf umfassenden gemeindeeigenen Wohnungsbau, öffnen diesen für Mieter mit einem Jahreseinkommen von bis zu 88.000 Euro (so in Wien für Familien, 44.000 Euro für Singles) und beschränken die Quadratmetermiete auf 5 Euro (so für Bestandsbauten in Wien, 6 Euro für Neubau). Auf diese Weise erreichen wir eine ganz andere Mieterklientel, wie sie auch in deutschen Siedlungen bis in die 70er-Jahre üblich war. Warum bevorzugen wir nicht bei der Grundstücksvergabe genossenschaftlichen Mietwohnungsbau vor privatem? Warum bieten wir nicht jedem ein 365-Euro-Jahresticket für den öffentlichen Personennahverkehr an und beschränken den Parkraum für Nicht-Anlieger-Autos in den Städten auf kostenpflichtige Parkhäuser, um uns vor dem CO₂-Gift in unseren Zentren zu schützen?

Natürlich passen diese Vorschläge nicht jedem, natürlich wird Neubau von kommunalen Wohnungen mit 6 Euro pro Quadratmeter nicht ohne Zuschüsse aus dem Steueraufkommen finanziert sein. Aber fragen wir uns, was uns als Gesellschaft am Ende wirklich nützt und trägt: Es ist garantiert nicht die Angst von Millionen von Rentnern und jungen Familien, dass sie ihre Mieten nicht mehr zahlen können. Jacob Fugger gründete 1521 die Fugger'schen Stiftungen und baute 125 Wohnungen für „unschuldig in Not geratene“ arbeitslose Augsburger. Die Krupp'sche Stiftung Margarethenhöhe in Essen tat 400 Jahre später Ähnliches, und mehrere Stiftungen führen heute den Gedanken des sozialen Wohnens fort. Doch es sind nicht nur gemeinnützige Stiftungen, sondern auch private Unternehmen, die mit günstigen, natürlich subventionierten Werkswohnungen wieder Zeichen setzen können.

Entdecken wir als Gemeinwohl 4.0 nicht nur, was die Digitalisierung für gemeinnützige Einrichtungen bereithält, sondern entdecken wir mit gleicher Begeisterung, was gemeinschaftliches, kommunales Eigentum für unsere Gesellschaft bedeuten kann. Hier könnten wir schnell den Modus der Sonntagspredigt verlassen und tatsächlich aktiv werden. Erinnern wir uns, dass unsere Vorfahren einst die Allmende erfanden, die im Gemeinbesitz befindliche Weide für die Rinder der Dörfler, die keine eigenen Wiesen und Weiden besaßen. Sie sind gut damit gefahren.

■ Autor Michael Göring ist Stiftungsmanager und Romanautor. Er leitet die „Zeit“-Stiftung in Hamburg und war bis Mai 2018 Vorstandsvorsitzender des Bundesverbands deutscher Stiftungen. Sein jüngster Roman „Hotel Dellbrück“ erschien im September 2018 im Hamburger Osburg Verlag.

„Unser Land ist aus dem Gleichgewicht geraten“

Gemeinwohl 4.0: Welche Parameter werden für den gesellschaftlichen Zusammenhalt in Zukunft entscheidend sein? Von Michael Göring

Der Bericht des Wirtschafts- und Sozialrats der Vereinten Nationen hat 2018 ein düsteres Bild von Deutschland gezeichnet. Kinder, Senioren, Behinderte, Arbeitslose und Migranten seien in großer Zahl gefährdet und lebten unter zum Teil unwürdigen Bedingungen. Auch wenn die Darstellung im UN-Bericht zu Recht als Zerrbild gelten kann, muss uns die Entwicklung in unserem Land zu denken geben. Sie ruft auch diejenigen auf, die nicht parteipolitisch arbeiten, sondern als zivilgesellschaftliche Akteure in den großen Sozialwerken, in Kirchen und Stiftungen für das Gemeinwohl handeln.

Wer aus der Gemeinwohlperspektive auf Deutschland schaut, wird den provokanten UN-Bericht zwar nicht unterschreiben, aber es bleiben gleichwohl erschreckende Befunde. Unser Land ist aus dem Gleichgewicht geraten, denn es fehlen die Kräfte, die sich gezielt und umfassend für sozialen Ausgleich, für Solidarität, für Gemeinschaft einsetzen.

Bereits 1999 haben die damals im deutschen Bundestag versammelten Parteien eine Enquetekommission „Zukunft des Bürgerschaftlichen Engagements“ eingerichtet, weil allenthalben zu beobachten war, wie sehr sich unsere Gesellschaft zwei Generationen nach Ende des Zweiten Weltkriegs individualisierte. Frei nach dem Sponti-Spruch „Wenn jeder an sich selber denkt, ist auch an alle gedacht“ fand die Gedankenwelt des Neoliberalismus offene Türen in unserem Land. Städte verkauften ihre Wohnungen, ihre Gas- und Elektrizitätswerke, die Versorgungsnetze, einige sogar den öffentlichen Nahverkehr. Krankenhäuser wurden verkauft und mussten sich schnell zu Renditeunternehmen entwickeln, die Bundesbahn wurde zur börsentauglichen Deutschen Bahn umgedeutet, was allerdings nicht so recht gelang. Wer Einspruch erhob und dafür warb, dass es doch noch „Gemeingüter“ geben müsste, galt als Ewigestriger. Zum Glück konnten die gesetzliche Krankenversicherung und die Renten- und die Arbeitslosenversicherung ihren

solidarischen Status behalten, auch wenn diese Solidarität mit geringeren Leistungen erkauft wurde.

Es stimmt, dass so manches Renditekrankenhaus durch den Wettbewerb am Markt besser wurde als zuvor und so manche Wohnung, die früher der gewerkschaftseigenen „Neuen Heimat“ gehörte, heute angemessener ausgestattet ist als damals. Wenn die Enquetekommission Anfang der Nullerjahre dazu führte, dass bürgerschaftliches Engagement vor allem durch steuerliche Anreize (Spendenabzugsmöglichkeiten, Stiftungen) gefördert wurde, so müssen wir heute über das weiterhin wichtige Engagement einzelner Bürgerinnen und Bürger hinausgehen, müssen die Routine der Weihnachtspredigten verlassen und aktiv werden. Wir müssen wieder verstärkt auf kommunalen und genossenschaftlichen Besitz, auf Gemeingüter setzen, um ein weiteres Auseinanderklaffen unserer Gesellschaft zu vermeiden.

Es mag keiner meinen, dass wir in Deutschland vor Gelben Westen geschützt seien! Nur ein breiter Mittel-